



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

an deren Schöpfungen die Teilnahme sich genau so weit erstreckt, als man der eigentümlichen Persönlichkeit, den bunten Schicksalen, den äußersten Anschauungen, ihres Urhebers nahe steht. Daß wenigstens diese geschichtliche Teilnahme möglich ist, ist ein nicht zu unterschätzendes Verdienst der pietätvollen und vortrefflichen Zielschen Ausgabe von Dults Dramen.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Preßsünden. Wenn man es zur Empfindungslosigkeit eines Gottes brächte, der die irdischen Ereignisse nur als Guckkastenbilder zu seiner Unterhaltung beschaute, so würde einem das Kunststück der Parteipresse, mitten im Zeitalter des Telegraphen und der allgemeinen Schulbildung den Lesern die wichtigsten und gewaltigsten Thatfachen zu verbergen, ganz außerordentliches Vergnügen bereiten. Wir haben Gelegenheit gehabt, dieses Kunststück unter der Regierung Crispis zu bewundern, von deren Unhaltbarkeit bis zum Sturze des unheilvollen Greifes weder die Leser der Bossischen noch die der Post eine Ahnung hatten, aber jetzt leistet ein großer Teil der allerbesten Presse in der Erzeugung künstlicher Blindheit noch großartigeres. Es giebt angesehne Zeitungen, deren Leser, wenn sie nicht zufällig manchmal einen Blick in andre Blätter werfen, bis auf den heutigen Tag noch keine Ahnung von dem haben, was in Armenien geschehen ist. Blätter, die sich jede Ankunft einer Erzellenz in Homburg oder Schlangenbad, jede Morthat in Bosnien, jeden Überfall einer Postkutsche in Italien telegraphiren lassen, Blätter, die ein schweres Geld ausgeben für spaltenlange Telegramme über die neueste Dynamitverschwörung, mit der phantasiervolle Geheimpolizisten dem Publikum gruselig machen, die aber die Berichte des Reichsboten und der Frankfurter Zeitung über die armenischen Greuel noch mit keinem Worte erwähnt haben. Vor dem Konstantinopler Gemetzel, das schlechterdings nicht verheimlicht werden konnte, haben die Leser dieser Blätter nichts, rein nichts erfahren, als daß die Engländer in Armenien wühlten und Schauernären über Greuelthaten verbreiteten, die dort angeblich verübt würden. Als dann, schon nach dem Blutbade von Konstantinopel, Versammlungen von Armenierfreunden in Berlin und Hamburg abgehalten worden waren, da teilten diese musterhaften Berichterfasser ihren Lesern nur mit, daß wehleidige, empfindsame Seelen erlognen Zeitungsberichten Glauben geschenkt hätten und so einfältig wären, einen politisch sehr gefährlichen Entrüstungsrummel zu veranstalten. Die Darstellung eines Türken in der Norddeutschen Allgemeinen ist in diesen Blättern natürlich wörtlich abgedruckt worden, nicht aber die Antwort des Reichsboten und der Frankfurter Zeitung. Diese nennt den Türkenartikel „einen unverschämten Versuch, eine mit einer Fülle von Einzelheiten versehen Darstellung eines Augenzeugen durch einige nichtsagende Redensarten zu widerlegen.“ Auf die Behauptung des Türken aber, der „deutsche Pfarrer“ habe in Anatolien nur Missionsanstalten besucht und dort sein „famoses Material ausschließlich“ gefunden, erwidert der Reichsbote: „Bekanntlich hat Dr. Lepsius seine Artikel größtenteils

mit den Berichten der Botschafter belegt, und alles andre, was er mitteilt, ist Briefen und Tagebüchern von Augenzeugen und Unterredungen mit Türken entnommen, die ihm mitteilten, daß die türkischen Priester in den Moscheen das Volk zu den Mezeleien aufforderten im Auftrage der obersten Behörden und Tag und Stunde dafür bestimmten.“ Es giebt Lokalblätter, deren Leiter bei ihrer Scherensarbeit weder eigne Ansichten noch böse Absichten haben, die aber bei dieser Beschaffenheit ihrer Quellen, der großen Zeitungen, erst um den 20. September herum in der Lage waren, ihren Lesern zu berichten, daß in Armenien hunderttausend Menschen abgeschlachtet worden sind; von den grausamen Thaten: Folterungen, Verstümmelungen, Schändungen, sowie von den zweihunderttausend Menschen, die, ihrer Habe beraubt, im Glend umherirren, weiß man bis heute noch nichts im Bereich dieser künstlichen Sonnenfinsternis.

Sentimentalität oder christliche Nächstenliebe sind wahrhaftig nicht nötig, die Abschachtung von hunderttausend Christen in ihrer Heimatprovinz und von fünfzehntausend (soviel rechnet der Berichterstatter der Frankfurter Zeitung) in der Hauptstadt politisch wichtig zu finden, wenn sie sich in einem Staate ereignet, der teilweise in Europa und ganz im Bereich unsrer Handels- und Kolonialinteressen liegt, und von dem seit fünfzig Jahren ein Stück nach dem andern abgebrockelt ist, namentlich wenn darin gleichzeitig an drei andern Stellen Empörungen wüthen. Man muß blind sein, um in diesen Vorgängen nicht die letzten Zuckungen des sterbenden Staatskörpers zu sehen. Die Erklärung der Mezeleien liegt nahe. Der Wechsel zwischen schlaffer Ruhe und wildem Fanatismus gehört von jeher zum Charakter der Völker Vorderasiens. Für gewöhnlich ist der Türke ein guter Kerl, aber wenn er aufgestachelt wird, ein Tiger. Diesmal ist er aufgestachelt worden, und zwar von hochgestellten Alttürken, aus nahe liegenden Gründen. Die vornehmen Türken machen sich über ihre Lage schon lange keine Illusionen mehr; sie wissen, daß sie über kurz oder lang den europäischen Boden werden räumen müssen, und sie sind nicht sicher, ob sie auch nur in Kleinasien und Syrien ihre Selbständigkeit und die Herrschaft werden behaupten können. Unter diesen Umständen muß sich ihnen der Gedanke einer Abschachtung aller in ihrem Gebiet wohnenden Christen aufdrängen. Einerseits befriedigen sie durch eine solche ihren Fanatismus und ihre Nachsucht; müssen wir die europäische Türkei räumen, so sollt ihr Europäer wenigstens keine zu befreienden Brüder darin vorfinden, so ungefähr drückt der Korrespondent der Frankfurter Zeitung ihre Meinung aus. Dann aber haben die Türken desto mehr Aussicht, sich in Vorderasien zu behaupten, je weniger Christen dort leben, je weniger Anlaß zur Einmischung sich demnach den europäischen Großmächten darbietet. Diese Auffassung haben die Botschafter in der Antwort angedeutet, die sie den türkischen Beamten Ruri und Ibrahim auf deren Ersuchen, sich in den Hospitälern die verwundeten Türken anzusehen, gegeben haben; es heißt darin unter anderm, durch viele Beweisgründe werde die Annahme gestützt, „daß man die armenische Bevölkerung mit Absicht verringern wolle.“ Nach alledem stehen wir unmittelbar vor einer Katastrophe der orientalischen Frage, und wenn die Presse dem deutschen Volke, das dabei Entschlüsse zu fassen hat, die vorher überlegt werden wollen, diese Thatfache zu verbergen sucht, so handelt sie gewissenlos.

Bekanntlich wird die Politik des Totschweigens unbequemer Ereignisse und Erscheinungen nicht bloß auf dem Gebiete der hohen Politik geübt, sondern ganz allgemein auch in den kleinsten und kleinsten Dingen zu Parteizwecken von den Organen aller Parteien, nicht zum wenigsten auch von denen der sozialdemokratischen. Wie haben die sich diesmal Zeit genommen mit der Berichterstattung über den

englischen Gewerkvereinskongreß, und wie dürftig sind die Berichte ausgefallen! Die Debatten des Edinburger Kongresses haben eben nichts enthalten, was als Anerkennung der Grundsätze und Leistungen unsrer Sozialdemokraten gedeutet werden könnte. Freilich hat der Kongreß auch diesmal wieder, wie vor zwei Jahren in Norwich, eine Resolution angenommen, die, in milderer Form als die Norwicher, die Verstaatlichung der Produktionsmittel fordert, aber man weiß ja, wie wenig solche akademische Resolutionen in England zu bedeuten haben. Jedermann, bemerkte der Gewerkvereinssekretär Fenwick spöttisch, fordert die Verstaatlichung aller Produktionsmittel, ausgenommen die der Industrie, in der er selbst thätig ist. Die englischen Gewerkvereiner machen kein Hehl daraus, daß ihnen der Londoner Sozialistenkongreß Widerwillen eingeflößt hat, und daß sie wenig Lust mehr haben, in Zukunft noch an solchen Versammlungen teilzunehmen. Von ihren Kongressen haben sie durch den Beschluß des vorjährigen, zu Cardiff abgehaltenen, alle sozialistischen Agitatoren, die nicht Arbeiter oder Gewerkvereinssekretäre sind, ausgeschlossen und damit ein Band gelöst, das sie eine Zeit lang mit der internationalen Sozialdemokratie verbunden hat. Über unsre Sozialdemokraten denken sie ganz so wie die ihnen eng befreundete Fabiergesellschaft, deren Führer, Bernard Shaw, an dem Londoner Kongreß teilgenommen hat und darüber im Septemberheft der *Cosmopolis* (wir entnehmen das Zitat der Wiener „Zeit“) urteilt: „Das Reißende (?) an dieser Farce war, daß sich diese Sozialisten einbilden, sie stünden fern von und hoch über den gewöhnlichen »Bourgeois«-Parteien, deren Tollheiten und Schwächen sie doch selbst bis zur Karikatur nachahmen. In der praktischen Sozialpolitik ist England scheinbar das zurückgebliebenste, thatsächlich das fortgeschrittenste Land. Die Deutschen mit ihrer starken sozialdemokratischen Partei im Reichstage und ihren eindreiviertel Millionen Wählern sind uns dem äußern Anschein nach weit voraus, dennoch muß Herr Liebknecht ins Gefängnis um einer Rede willen, die bei uns Mr. Arthur Balfour morgen mit der Zustimmung von ganz England vor der Primrose-League halten könnte.“ Er zählt dann eine Reihe von Einrichtungen auf, die England vor dem Festlande voraus habe, und bemerkt, gerade die „große revolutionäre Phrase“ der festländischen Sozialdemokratie sei schuld, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht den dritten Teil des Einflusses ausübe, den sie bei richtiger Ausnützung ihrer Mitgliederzahl und ihrer Organisation ausüben könnte. Die Herren vom Vorwärts werden sich hüten, dieses Urteil, aus dem wir nur wenige Sätze herausgegriffen haben, und das gelegentlich des Londoner Kongresses veröffentlichte Programm der Fabiergesellschaft mit seiner scharfen Kritik des Marxismus ihren Lesern mitzuteilen.

Nochmals der deutsch-dänische Streit. Herr Schuldirektor Petersen sucht in seiner Entgegnung das Verhalten des deutschen Vereins und das Verfahren der Behörden in Nordschleswig zu rechtfertigen. Ich finde aber, daß seine Ausführungen zum Teil nur das bestätigen, was ich neulich an dieser Stelle dargelegt habe.

Herr Petersen sagt, im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung Schleswig-Holsteins mit Preußen sei es in Nordschleswig viel ruhiger hergegangen als jetzt; man habe nicht so viel von dem deutsch-dänischen Streit gemerkt. Das war aber doch die Zeit, wo von den Behörden mit mehr Milde verfahren und die Eigenart der dänischen Bevölkerung geschont wurde. Der ursächliche Zusammenhang zwischen dem später eingeführten strengern Verfahren und der jetzt in Nordschleswig herrschenden Stimmung ist gar nicht zu bestreiten.

Herr Petersen bestreitet aber insbesondre, daß die Verdrängung des Dänischen aus der Schule für das Deutschtum ungünstig gewirkt habe. Zum Beweise für diese Behauptung führt er an, daß dänische Vereine schon vor der Einführung des gänzlich deutschen Schulunterrichts im Jahre 1888 gegründet worden seien. Aber vorher war doch der deutsche Schulunterricht schon ausgedehnt worden, und es war deutlich die Absicht zu erkennen, das Dänische allmählich aus der Schule zu verdrängen. Auch ist mehrfach von den Parteifreunden des Herrn Petersen zugegeben worden, daß nach dem Jahre 1888 die dänische Agitation einen kräftigern Aufschwung genommen habe.

Herr Petersen bemerkt selbst, die Dänen seien zu kräftigerer Abwehr veranlaßt worden durch die Wahrnehmung, daß das Deutschtum allmählich weiter vordrang. Er stellt es aber so dar, als ob nur die Fortschritte des Deutschtums, die sich von selbst machten, und nicht Maßregeln der Behörden diese Besorgnis der Dänen verursacht hätten. Mußte denn aber nicht eine Maßregel, die dazu bestimmt war, das dänische Volkstum an der Wurzel zu packen, wie die Sprachverfügung von 1888, die Besorgnis der Dänen ganz besonders erhöhen? In der That ist die Besorgnis vor den Wirkungen dieser Sprachverfügung die Haupttriebfeder der dänischen Agitation geworden, und die so verstärkte Agitation hat der Germanisirung mehr entgegengewirkt, als der deutsche Sprachunterricht sie fördern konnte.

Der deutsche Verein trägt nicht allein die Schuld an dem gegenwärtigen Zustande in Nordschleswig; er kann auch nicht verantwortlich gemacht werden für Maßregeln, die vor seinem Entstehen eingeführt wurden. Wenn aber der deutsche Verein alles, was in der bezeichneten Richtung vorgenommen worden ist und noch vorgenommen wird, warm in Schutz nimmt, wenn seine Wortführer in der Presse, wo ihnen nur Gelegenheit geboten ist, das deutsche Publikum und die Regierung ermahnen, um Gottes willen nicht auf falsche Ratgeber zu hören, nicht den Dänen irgend welche Einräumungen zu machen oder solche zu befürworten, so sind sie allerdings verantwortlich für jeden von ihnen etwa auf die Behörden geübten Einfluß, wie auch für die bei den Dänen durch ihre Agitation erregte Erbitterung. Denn auf die Stimmung der Dänen wirken nicht bloß thatsächlich vorgenommene unzumutbare Germanisirungsversuche ungünstig ein, sondern auch schon die Ankündigung schärferer Maßregeln, wenn sie annehmen können, daß damit Ernst gemacht werden möchte. Und an solchen Drohungen lassen es die Wortführer des deutschen Vereins nicht fehlen. Namentlich der armen dänischen Sprache wird weitere Verfolgung angekündigt.

Herr Petersen spricht sich im ganzen gemäßigt aus. Aber mehrere seiner Äußerungen lassen doch darauf schließen, daß er die Anschauungen des deutschen Vereins teilt. So wenn er sagt: „Warum treten denn die deutschgesinnten Nordschleswiger, die auch fast alle dänisch reden, nicht jenen Forderungen über Schul- und Kirchensprache bei? Weil es sich nicht um ein wirkliches Bedürfnis handelt, sondern nur um Aufrechterhaltung des geistigen Zusammenhangs mit Dänemark, um die stetige Schürung des Hasses gegen Deutschland und alles, was deutsch ist.“

Man sollte doch glauben, daß ein Bedürfnis, das in der Bevölkerung so stark ist, daß sie es trotz aller ihr in den Weg gelegten Hindernisse zu befriedigen weiß, für dessen Befriedigung sie Opfer bringt, wohl ein „wirkliches“ genannt zu werden verdient. Herr Petersen will durch den von ihm gebrauchten Ausdruck sagen, daß das Bedürfnis der Nordschleswiger nach dänischer Bildung nicht berechtigt sei, daß sie etwas sehr überflüssiges verlangten, wenn sie dänischen Unterricht für ihre

Kinder wünschen. Er führt zum Beweise dafür an, daß die deutschgesinnten Nordschleswiger diesen Wunsch nicht teilen. Das heißt denn aber, für die Mehrheit der nordschleswigen Bevölkerung die geistigen Bedürfnisse derer, die sie als ihre nationalen Gegner betrachtet, zum Maßstabe machen wollen. Weil es besser und nützlicher für die Dänen ist, deutsch zu lernen, darum wird von den Deutschgesinnten der ausschließliche Unterricht im Deutschen auch für die Dänen als ausreichend angesehen; was die Dänen selbst wollen, scheint den diese Anschauungen vertretenden Deutschgesinnten nicht der Beachtung wert zu sein. Die Vermischung des Nationalgefühls bewirkt es, daß das Bedürfnis nach dänischer Bildung in den Nordschleswigern so lebhaft ist. Daß wir dies Gefühl mißachten dürften und es gewaltsam zu unterdrücken suchen sollten, ist derselbe Irrtum, der den Dänen zur Zeit ihrer Herrschaft so verhängnisvoll geworden ist. Niemand wird es ein Unrecht nennen, daß die Friesen nur deutschen Unterricht erhalten, denn sie fühlen sich als Deutsche und tragen selbst kein Verlangen nach einer national-friesischen Bildung, die erst geschaffen werden müßte. Die dänischgesinnten Nordschleswiger aber blicken sehnsüchtig nach Dänemark, wo ein reges geistiges Leben herrscht, das sich namentlich durch seine Volkstümlichkeit auszeichnet, wo Volksbildungsanstalten bestehen, die im Auslande als Mustereinrichtungen gelten. Wir werden diesen Zug nach Norden in den Herzen der Nordschleswiger um so mehr bestärken, werden ihrem Bedürfnis nach dänischer Bildung um so mehr den Stempel der Deutschfeindlichkeit aufprägen, je mehr wir in Nordschleswig selbst jegliche dänische Bildung ächten und mit Feindseligkeit behandeln.

Herr Petersen bestreitet auch, daß auf kirchlichem Gebiet ein Zwang ausgeübt werde. Zugleich aber sucht er die allmähliche Einführung immer weiterer deutscher Gottesdienste damit zu rechtfertigen, daß die Kinder nun schon seit sieben Jahren deutschen Religionsunterricht empfangen haben. Das also ist es, was man will: der deutsche Schulunterricht soll die Vorbereitung auf die deutsche Kirchensprache sein. Man hat zuerst den Eltern gesagt: es ist besser und nützlicher, daß eure Kinder deutsch lernen, darum fort mit dem Dänischen aus der Schule! Und einige Jahre später wird dann im Interesse der Jugend, die viel besser Deutsch als Dänisch könne, weitere Ausdehnung der deutschen Kirchensprache verlangt. Diese Jugend will aber in ihrer großen Mehrzahl von der deutschen Kirche nichts wissen, das Bemühen, die Kirche zu germanisieren, führt also nur dazu, daß die Dänen sich von der Landeskirche abwenden und ihre kirchlichen Bedürfnisse auf andre Art befriedigen. Wie läßt sich denn mit Recht behaupten, die Deutschen trügen keine Schuld daran, daß auch das kirchliche Bedürfnis der Dänen eine nationale deutschfeindliche Richtung angenommen hat? Daß dies Bevormunden der dänischgesinnten Bevölkerung, das Bestreben der Deutschen, ihr über die Befriedigung ihrer innersten Herzensbedürfnisse Vorschriften machen zu wollen, den Nationalhaß noch mehr entflammt, darüber darf man sich nicht wundern. Die Bemühungen, allmählich immer öfter deutschen Gottesdienst einzuführen, sind nicht so harmlos, wie sie Herr Petersen darstellt. Die Art, wie diese Forderungen begründet werden, läßt keinen Zweifel daran, daß politische Beweggründe maßgebend sind, und dies eben verschärft die nationalen Gegensätze.

Hier in meiner Nähe wohnt ein geborner Nordschleswiger, der aus der dortigen bäuerlichen Bevölkerung hervorgegangen ist, nun schon vier Jahre in deutscher Umgebung, er ist auch kein fanatischer Deutschenfeind. Als ich ihn aber neulich nach seiner Gesinnung fragte, antwortete er offenerzig: „Wenn meine Kinder groß werden, mögen sie selbst wissen, was sie wollen; ich aber werde mich

als Däne fühlen, so lange ich lebe.“ Und da wundert man sich, wenn sich die Grenzbewohner nicht wollen einreden lassen, ihr dänisches Empfinden sei doch nur Einbildung!

Der selbe Mann hat mir den Kernpunkt der nordschleswigschen Frage in wenigen kurzen Worten treffender bezeichnet, als es in spaltenlangen Artikeln des deutschen Vereins bisher geschehen ist. Er sagte: „Die Deutschen dürften sich nicht merken lassen, daß sie die Herren im Lande sind; dann wäre in Nordschleswig längst Friede.“ Das freilich ist den Herren vom deutschen Verein eine Thorheit. Denn sie halten die Zumutung, daß mit den Dänen etwas glimpflicher umgegangen werde, für eine Beleidigung der deutschen Ehre.

Hinsichtlich des Prozesses: „For en Ordens Skyld“ sei noch folgendes bemerkt: Wenn sich das Gericht um das wirkliche Schriftdänisch nicht zu kümmern brauchte, sondern das Urteil darnach fällen durfte, wie von der nordschleswigschen Bevölkerung die betreffende Redensart aufgefaßt worden sein soll, so war es doch auffallend, daß das Gericht selbst vorher für notwendig befunden hatte, ein wissenschaftliches Gutachten von Kopenhagen einzuholen. Wie in Nordschleswig gesprochen wird, darnach braucht man sich nicht in Kopenhagen zu erkundigen. Dann wurde aber auf ein anonymes Gutachten hin, das angeblich von einer wissenschaftlichen Autorität stammen sollte, die dänische Zeitung verurteilt. Die Redaktion dieser Zeitung hat aber später durch Befragen bei den allein in Betracht kommenden wissenschaftlichen Autoritäten Kopenhagens herausgebracht, daß diese gar nicht befragt worden waren, daß aber, wenn man sie befragt hätte, ihre Entscheidung in ganz entgegengesetztem Sinne ausgefallen wäre. Dies alles mußte bei den Dänen den Verdacht erwecken, daß nur der Schein einer Unparteilichkeit habe gewahrt werden sollen, die in Wahrheit doch nicht geübt wurde.

Dem Sönderjylland-Prozeß kann nicht der geringste Wert als Förderungsmittel der deutschen Sache zugesprochen werden. Denn auf die Gefinnung der Dänen wird nicht dadurch zu Gunsten des Deutschthums eingewirkt, daß man ihnen den Gebrauch gewisser Ausdrücke in der Presse verbietet. Durch die so häufig über sie verhängten Strafen ist die dänische Presse nicht im geringsten zahmer und deutschfreundlicher geworden; eher ist die entgegengesetzte Wirkung eingetreten.



Litteratur

Illustrierte Geschichte des Mittelalters. Erster Teil. Von der Völkerwanderung bis zu den Kreuzzügen. In dritter Auflage neu bearbeitet von Prof. Dr. Otto Rämmler. Mit 300 Textabbildungen und 8 Beilagen und Karten. Leipzig, Otto Spamer, 1896

Jedermann weiß, mit welcher Fülle neuer Entdeckungen und Vermutungen die Forschung die frühmittelalterlichen Kulturzustände, insbesondere die Agrarverfassung und ihre Wandlungen, beleuchtet hat, wie viel die Ausgrabungen und die Musterung der Denkmäler dazu beigetragen haben, die dunkle Zeit der Völkerwanderung aufzuhellen. Aus diesem Reichthum neuen Materials die gesicherten Ergebnisse herauszusuchen, sie einem populären Geschichtswerke einzuverleiben und darunter die